



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/174 - 29.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum Sturz de Gasperis	S. 1
Das Deutschlandproblem in norwegischer Sicht	S. 3
Die Veränderungen in der SED	S. 5
Ein Beitrag zur Gewissensfreiheit	S. 7

Der zweite Baumeister der EVG fiel aus

(sp) Noch lassen sich in dieser Stunde die innen- und aussenpolitischen Folgen des Sturzes der italienischen Regierung de Gasperi nicht abschätzen. Das achte Nachkriegs-Kabinett de Gasperi fiel schon bei der ersten Abstimmung in der italienischen Kammer. Der Sturz kommt freilich nicht überraschend. Nur die Hoffnung auf ein politisches Wunder bewog den langjährigen italienischen Ministerpräsidenten, es noch einmal zu wagen, obwohl die Opposition, zu der sich nun auch seine früheren Gefolgsleute, die Saragatsozialisten, die Liberalen und die Republikaner gesellt hatten, es vorher nicht an deutlichen Erklärungen hatten fehlen lassen, dass sie ihr Schicksal mit dem de Gasperi nicht zu teilen gewillt sind.

Der Führer der christlichen Demokraten versuchte noch durch eine vorsichtige, nirgendwo aneckende und darum farblos wirkende Regierungserklärung zumindestens die aus den Wahlen so schwer angeschlagenen Mittelparteien für sich zu gewinnen. Auch dieser taktische Schachzug versagte und zum erstenmal sah sich dieser gewiegte Taktiker einer ihm feindlichen und ihn ablehnenden Mehrheit gegenübergestellt. Diese Mehrheit verweigerte nicht nur der Person de Gasperi ihre Zustimmung, sie verweigerte ihre Zustimmung der Politik, die de Gasperi vertrat. Ob er nun unter veränderten Mehrheitsverhältnissen wiederkehrt oder ob nun ein anderer, nicht durch acht Jahre Regierungstätigkeit Belasteter das schwierige Amt

der Regierungsbildung übernimmt, oder ob es, wie angedeutet wurde, zu Neuwahlen kommt - sicher ist, dass die bisher verfolgte Politik auf der Strecke bleiben wird.

Ein Kernstück der Aussenpolitik de Gasperis war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Schaffung eines vom politischen Katholizismus beherrschten Klein-Europa, in den Grenzen Karls des Grossen und mit dem politischen Schwergewicht bei den christlich-demokratischen Parteien Italiens, Frankreichs und der Bundesrepublik. Von den Architekten dieser klerikalen, nur durch die Spannung zwischen Ost und West und der Spaltung Deutschlands und Europas möglichen Konzeption sind zwei nun ausgeschieden, Schuman und de Gasperi, der dritte, Dr. Adenauer, kämpft mit dem Mute der Verzweiflung Rückzugsgefechte.

Schumans Ausscheiden drückte seinerzeit den politischen und psychologischen Gesinnungswandel Frankreichs im Hinblick auf die EVG aus. de Gasperis Sturz verrät das Unbehagen des italienischen Volkes über eine Politik, die Italien in einen unversöhnlichen Gegensatz zur Sowjetunion zu bringen droht. Wo bleibt, von den moralischen Faktoren ganz zu schweigen, die politische Berechtigung für ein Vertragswerk, das sich auch nicht mit amerikanischen Drohungs-Injektionen beleben lässt?

An diesen hat es, vor und nach den italienischen Wahlen, nicht gefehlt. Die massive amerikanische Einnischung - "wer nicht de Gasperi unterstützt, zwingt die USA, Italien sich selbst zu überlassen" - kam der italienischen Regierung nicht zugute, ja, sie hatte die entgegengesetzte Wirkung. Als ein politisches Druckmittel versagt bei einem freien und nationalbewussten Volk die Drohung mit dem Zuckerbrot und Peitsche, eine für die gegenwärtige USA-Regierung sehr gründliche und schmerzliche Lehre, aber auch eine Lehre für den deutschen Bundeskanzler, der glaubt, den deutschen Wählern zumuten zu können, was bei anderen Völkern auf eine gesunde und tiefe Abwehrreaktion stösst.

Eine Frankfurter Zeitung schrieb, Europa habe mit dem Sturz des italienischen Ministerpräsidenten eine Schlappe erlitten. Nicht Europa, wohl aber der klein-europäische Gedanke jener besonderen Prägung, die durch die Namen Schuman, de Gasperi und Adenauer gekennzeichnet ist, hat einen weithin sichtbaren und in seinen Auswirkungen noch nicht überschaubaren Rückschlag erfahren. Er mag sich vielleicht zu der heilsamen Erkenntnis verdichten, dass sich Völker nicht auf Bahnen zwingen lassen, von denen sie wissen, dass sie Unheil bergen und statt der "europäischen Einigung" die innere Zerklüftung bringen.

Eine gefährliche schiefe Bahn

"Arbeiderbladet", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Norwegens, beschäftigte sich am 24. Juli mit verschiedenen Vorgängen der westlichen Politik, die die Einflußnahme der westlichen Regierungen auf die Wahlausichten Adenauers illustrieren. Es heißt dort u.a.:

"In den Wahlen werden die Frage der Einigung Deutschlands und die Frage der Teilnahme Deutschlands an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft - Europa-Armee - eine große Rolle spielen. Bundeskanzler Adenauer hat die Linie verfolgt, daß die Europa-Armee errichtet und Deutschland daran beteiligt sein sollte, ehe man mit der Sowjetunion über die Einigung Deutschlands verhandelt. Es ist aber selbstredend, daß es schwieriger sein muß, die Sowjetunion zu einer Ordnung der Einigung Deutschlands zu bewegen, wenn sie vor der vollendeten Tatsache steht, daß Deutschland schon mit den Westmächten militärisch alliiert ist. Die deutsche Sozialdemokratie hat daher die Stellung eingenommen, daß man zuerst mit der Sowjetunion verhandeln muß, um zu sehen, ob sie die Einigung Deutschlands billigen wird, und unter welchen Bedingungen. Dann wird man entscheiden, ob diese Bedingungen annehmbar sind, auch wenn eine von ihnen die sein sollte, daß Deutschland nicht an der Europa-Armee teilnimmt. Die Sozialdemokratie erklärt, daß in einem geeinigten Deutschland das Volk selber über seine Außenpolitik zu entscheiden haben werde.

Besonders von amerikanischer Seite hat man Adenauer stark unterstützt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß er bei den Wahlen siegen müsse. Es ist aber klar, daß, wenn Verhandlungen mit der Sowjetunion vor den Wahlen stattfinden würden, es sich ergeben könnte, daß Möglichkeiten für eine Einigung Deutschlands sichtbar werden, falls man in Bezug auf die Außenpolitik, die Adenauer verfolgt hat und verfolgen will, Zugeständnisse machte. Es könnte dazu führen, daß Adenauer in den Wahlen Stimmen verliert.

Wir glauben, daß die Westmächte sich hier auf einer gefährlichen schiefen Bahn befinden. Es ist immer eine zweifelhafte Angelegenheit, Druck auszuüben, um auf die Innenpolitik eines Landes einzuwirken, insbesondere auf freie Wahlen in einem freien Lande. Es entspricht nicht demokratischen Prinzipien. Es ist aber auch töricht, es kann nämlich die entgegengesetzte Wirkung von derjenigen haben, die man sich wünscht. Es kann sich außerdem auf die Zusammenarbeit zweier Staaten nur schädlich auswirken, wenn man eine Außenpolitik führt, die beabsichtigt, die Wahlausichten für eine führende Partei in einem der Länder zu verringern.

In diesem besonderen Fall glauben wir, daß die deutsche Sozialdemokratie eine gleich gute, wenn nicht bessere Garantie für eine friedliebende deutsche Politik als Herr Adenauer darstellt. Die deutsche Sozialdemokratie stellte sich gegen die Kommunisten lange vor denjenigen, die heute so gern Adenauer unterstützen wollen.

Es ist einleuchtend, daß der Atlantik-Pakt und seine Organisation

die NATO, nichts mit dieser Angelegenheit zu tun haben. Es sind die drei großen Westmächte, die auf die geschilderte Weise operieren. Diese müssen aber auch die Wirkungen auf den Atlantik-Pakt berücksichtigen. Man muß daher folgendes klar sagen:

Wenn man den Eindruck erweckt, daß die Zusammenarbeit im Westen nicht nur außenpolitischer und wehrpolitischer Natur ist, sondern auch gegen die Arbeiterbewegung und die Arbeiterparteien gerichtet ist, dann ist man auf einer schiefen Bahn".

x x x

Am gleichen Tage, am 24.7., schrieb das Vorstandsmitglied der sozialistischen Partei Belgiens, Victor Larock, in "Le Peuple":

"Der Kampf, der in diesem Augenblick in Deutschland zwischen Adenauer und der sozialdemokratischen Partei ausgefochten wird, ist keineswegs nur ein Duell. Die internationale Rechte hat die Gelegenheit, auf Seiten des Bundeskanzlers einzugreifen, nicht vorübergehen lassen. Sie wird ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Sie läßt kein Mittel unbeachtet, sie bedient sich sowohl der Regierungsbüros als auch der Presseagenturen und der Banken, um die Sozialdemokraten daran zu hindern, an die Regierung zu kommen.

Der Sozialistischen Internationale stehen keine solchen Mittel zur Verfügung. Sie ist übrigens auch gegen eine Intervention in interne Angelegenheiten anderer Völker. Dennoch wird sich ihre Solidarität erweisen. Das erfordert schon allein die ungeheure Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht.

Und trotz des furchtbaren Drucks, der von beiden Seiten des Atlantik auf die deutschen Wählermassen ausgeübt wird, hoffen wir am Tage nach dem 6. September die Sozialdemokratie zu einem beträchtlichen Sieg beglückwünschen zu können. Es wird dies ein Sieg der gesamten europäischen Arbeiterklasse sein".

x x x

Beide Stimmen sind eine gute Illustration dafür, wie töricht die Behauptung von der Isolierung der SPD im Rahmen der Sozialistischen Internationale ist.

+ + +

Ulbricht liquidiert ZK-Revolte

EZ - Berlin

Die letzte Tagung des Zentralkomitees der SED bestätigte voll, daß der 17. Juni 1953 in der obersten Machtspitze der SED zu einer schweren Erschütterung geführt hatte. Ist zunächst die, wie es in dem lakonischen Kommuniqué hieß, "einstimmige" Wahl Ulbrichts zum ersten Sekretär des Zentralkomitees insofern keine Überraschung, als schon seit einiger Zeit festzustellen war, daß Ulbricht nach der Erschütterung seiner Stellung durch den 17. Juni wieder Boden unter die Füße bekommen hatte, so ist der Ausschluß des bisherigen Staatsicherheitsministers Zaisser und des Chefredakteurs des SED-Zentralorgans, Herrnstadt, aus dem Politbüro zum Beweis dafür geworden, daß nach dem Aufstand der Sowjetzonen-Arbeiter die kommunistische Staatspartei bis in ihre höchste Spitze gelähmt war. Die Begründung dieser Maßnahme macht deutlich, daß in den obersten Funktionärkreisen der SED so etwas wie eine Rebellion gegen Ulbricht und seine Stützen stattgefunden hat.

Im Kommuniqué über die ZK-Tagung heißt es, der Ausschluß sei erfolgt, weil Zaisser und Herrnstadt "als parteifeindliche Fraktion mit einer defaitistischen, gegen die Einheit der Partei gerichteten Linie aufgetreten waren". Der Ausdruck "Fraktionsausbildung" bedeutet nichts anderes als Rebellion; denn in einem totalitären Partei- und Machtapparat, dem jede innerparteiliche Demokratie fremd sein muß, ist jeder Versuch, eine Abweichung von der Generallinie durchzusetzen, ein Umsturzversuch. Auch die Motive für diese Rebellion läßt man durchblicken, wenn man von Defaitismus spricht. Dies kann in der augenblicklichen Situation nichts anderes heißen, als daß eine Gruppe im Politbüro angesichts des 17. Juni und seiner Folgen bereit war, bezüglich der bisherigen Machtstellung der Partei politisch die Konsequenzen zu ziehen.

Welchen Umfang die Rebellion gegen Ulbricht und die Beibehaltung seiner Politik angenommen hat, ist bis jetzt noch nicht zu erschauen. Die nächsten Tage werden zeigen, wer noch zur Fraktion Zaisser und Herrnstadt gehört hat. Ohne Zweifel wird jetzt die Säuberung

unter den Spitzenfunktionären einen größeren Umfang annehmen. Ob die Tatsache, daß auch der Staatssekretär Anton Ackermann und seine Lebensgefährtin Elli Schmidt, vorläufig noch Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung, nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt worden sind, dem sie bisher angehörten, auf eine Beteiligung an der "Fraktionsbildung" schließen läßt, steht noch nicht fest.

Inwieweit in dem Kampf um die künftige Politik der SED, der ein reiner Machtkampf ist, und dem offiziell zunächst Zaisser und Herrstadt zum Opfer gefallen sind, eine Parallele zu dem Kampf zwischen Malenkov und Beria zu sehen ist, dies zu entscheiden, wird erst später möglich sein. Die persönliche Feindschaft zwischen Zaisser und Ulbricht wie auch die bekannten Bindungen zwischen Zaisser und Beria lassen es vermuten.

Vor allem aber zeigte die Stellungnahme des Zentralorgans der SED, "Neues Deutschland", zum Sturz Berias, die ohne Zweifel direkt vom Zentralkomitee stammte, noch nachträglich, daß in der obersten Spitze der SED Rebellen tätig waren, heißt es doch dort: "Der Fall Beria ermahnt uns, jedes Parteimitglied, ohne Rücksicht auf seine Funktion, in seiner Tätigkeit zu kontrollieren und kein Abgleiten von der festgelegten Linie zuzulassen".

Damals mochte die rebellierende Gruppe noch mit Recht die Ansicht vertreten haben, daß die Parteilinie nach dem 17. Juni nicht mehr festlag. Unterdessen haben anscheinend die Machtverschiebungen in Moskau sich zugunsten Ulbrichts und seiner Politik ausgewirkt, so daß er als Sieger im Zentralkomitee hervorgegangen ist. Die Schwächung des gesamten Apparates aber kann auch durch diesen "Sieg" Ulbrichts nicht ausgegült werden. Diese Tatsache müssen die Sowjets in ihrer Deutschlandpolitik nach wie vor einkalkulieren.

+ + +

Wer nicht pariert, der fliegt

-b- Matthias Joseph Mehs aus Wittlich in der Eifel wird nicht mehr in den Deutschen Bundestag einziehen, denn seine Partei, die CDU, hat ihn im rheinland-pfälzischen Wahlkreis Prüm nicht mehr nominiert. Alle seine Verdienste als Gründer der CDU in Rheinland-Pfalz, als Bürgermeister von Wittlich, als Kreistagsabgeordneter und als guter Katholik haben nichts genutzt; der Parteibefehl, vom Mitglied des CDU-Direktoriums Dr. Wuermeling mehrfach in ultimativer Form wiederholt, war stärker, und schlichterte die Delegiertenkonferenz ein.

Und was war das ganze "Verbrechen" von Matthias Joseph Mehs? Nun, er hatte es gewagt, Dr. Adenauer die Stirn zu bieten, er hatte es gewagt, gegen den EVG-Vertrag zu stimmen. Einfach darum, weil Bürgermeister Mehs am eigenen Leibe und in seiner Heimat erfahren hatte, wohin eine Politik führt, die einzig und allein das christliche Abendland mit einer Politik der "Stärke" verteidigen will. Die Quittung wurde Mehs jetzt bei der Kandidatenaufstellung erteilt.

Wer denkt da nicht an den Parteitag der CDU in Hamburg? Wer brausenden Beifall ernten wollte, der brauchte nur davon zu erzählen, daß die uniforme Sozialdemokratie bei allen namentlichen Abstimmungen im Bundestage gleichförmig abgestimmt hatte, während die "freiheitliche" CDU selbstverständlich bei jeder Abstimmung Abgeordnete aufwies, die gegen ihre Fraktion stimmten. Doch, was nutzt diese Freiheit der Abstimmung, wenn sie nachträglich und dafür umso wirkungsvoller bestraft wird.

Es trifft zwar zu, daß die Sozialdemokratie im Bundestage ihre Stimme bei namentlichen Abstimmungen einheitlich abgegeben hat, nicht darum, weil ein Parteibefehl dahinterstand, sondern weil vorher, oft in heißem Bemühen, ein einheitlicher Standpunkt erarbeitet wurde, den jeder mit seinem Gewissen vereinbaren konnte. Diese Praxis wird auch im kommenden Bundestage Gültigkeit haben. Bei der CDU hingegen sollte man sich nicht wundern, wenn im neuen Parlament die Vertretung eines eigenen Standpunktes als lebensgefährlich angesehen wird. Der Fall Mehs wird auf jeden Fall abschreckend wirken.

Wie heißt es doch im Artikel 38 des Grundgesetzes? Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Sollten sie doch ein Gewissen haben, der CDU angehören und nach ihrem Gewissen stimmen, dann hat ihr letztes Stündchen als Bundestagsabgeordnete geschlagen.

Verantwortlich: Peter Raunau